

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1857

22.12.1857 (No. 300)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 22. Dezember.

N. 300.

1857.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgebühr: die geschnittene Zeitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Badischer Landtag.

11 Karlsruhe, 18. Dez. Dreizehnte öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer der Landstände, unter dem Vorsitze des Präsidenten Jungmanns.

Auf der Regierungsbank sind anwesend: Die H. Geh. Rath Regener, Präsident des Finanzministeriums, und Ministerialrath v. Böckh.

Nach Eröffnung der Sitzung zeigt das Sekretariat den Einlauf folgender Petitionen an: 1) Bitte der Gemeinde Kegel, die Brücke über den Leopoldsdanal betr., übergeben durch den Abg. Sieb; 2) Bitte der Gemeinden des vorderen Kaiserthums, den Werth des Weines zur Grundlage der Weinsteuer zu nehmen, übergeben durch den Abg. v. E. Die erstere wird an die Petitionskommission gewiesen, die letztere dem für diesen Gegenstand ernannten Berichtserthatter übergeben.

Die Tagesordnung führte zur speziellen Diskussion des von dem Abg. v. E. erstatteten Kommissionsberichts über den Gesegentwurf, die anderweitige Bestimmung der Accise und des Dmngeldes vom Wein betr.

Zu Art. 1. ist der Abg. Spohn mit der Fassung des Entwurfs nicht ganz einverstanden. Da nicht die Thatsache der Konsumtion, sondern die des Erwerbs von Wein besteuert, auch in dem vorgelegten Gesetze nicht die Fälle der Besteuerung, sondern ihre Art und Größe zu regeln beabsichtigt werde, beantragte er etwa folgende Fassung: „Die vom Wein zu entrichtende Steuer besteht in Accise und Dmngeld.“

Der Hr. Präsident des Finanzministeriums, Geh. Rath Regener, hält diesen Vorschlag für keine Verbesserung. Der Grundgedanke, daß die Weinsteuer eine Verbrauchssteuer sei, müsse an die Spitze des Gesetzes gestellt werden.

Nachdem auch der Abg. Prestinari letzterer Ansicht sich angeschlossen, wird Art. 1 unverändert angenommen.

Zu Art. 2 hatte die Kommission bemerkt:

„Bei Art. 2 stellte sich die Kommission die Frage, ob nicht eine Ermäßigung des allda bezeichneten Steuerfußes stattfinden könne. Sie war anfänglich der Meinung, daß, wenn die Steuerfüße unter 2 a und b auf $\frac{1}{10}$ und $\frac{1}{12}$ herabgesetzt werden, sich im Gesamtertrag der Weinsteuer immer noch ein Resultat herausstelle, welches in Vergleichung mit den bisherigen Steuerergebnissen ein für die großh. Staatskasse günstiges zu nennen sei. Allein hiergegen wurde bemerkt, daß, wenn Accise und Dmngeld nach dem Steuerfuß gewissermaßen entrichtet worden wären, der Steuerertrag eine namhafte höhere Summe erreicht haben würde, als wie sie in den dem Gesegentwurf beigefügten Uebersichten ersichtlich sind, und daß die vorgeschlagenen Steuerfüße, wenn man diesen Umstand berücksichtige, nichts weniger als zu hoch gestellt seien. Auch entnahm die Kommission, daß es wohl nicht thöricht sei, die Steuerfüße herabzusetzen, ohne das vorgeschlagene Gesetz in Frage zu stellen, und dieselbe nimmt daher mit Rücksicht hierauf, und weil denn doch auch mehrere Weinschäfer hieher eintraten können, und in solchem Fall in dem berechneten Steuerertrag ein stark fühlbares Defizit eine Verlegenheit berechnende Lücke in den Steuereinnahmen veranlassen könnte, von dem Antrag der Ermäßigung der Steuerfüße auf die bezeichneten Beträge Umgang.“

Der Abg. Artaria hält die Unterscheidung zwischen Städten unter und über 4000 Seelen nicht für genügend, da auf solche Weise der geringere Wein dem mittleren gleichgestellt werde; er stellt deshalb den Antrag, noch eine dritte Klasse, die der Drie unter 1500 Seelen, zu unterscheiden, und bei dieser die Accise auf $\frac{1}{10}$ für die Maas festzusetzen.

Der Abg. Meyer glaubt, daß durch das neue Gesetz die Produzenten geringerer Weine allzu hoch besteuert würden, was um so weniger notwendig sei, als der Staatskasse nach seiner Berechnung durch den Entwurf jährlich mindestens 120,000 fl. mehr, als bei der bisherigen Weinsteuer, zufließen würden. Er stellt deshalb den Antrag, bei den Drien unter 4000 Seelen die Accise auf $\frac{1}{10}$ fr. festzusetzen.

Der Abg. Ulrich beantragt, der leichteren Berechnung wegen, statt $\frac{1}{10}$ fr. $\frac{3}{10}$ fr. Accise festzusetzen.

Der Abg. Schaaff hält die Anstände des Abg. Ulrich nicht für begründet, und findet es überhaupt bedenklich, so geradezu eine Aenderung des Steuerfußes vorzuschlagen, weil man sich ohne genaue Berechnung die Folgen nicht anschaulich machen könne. Im Zweifelsfalle müsse man sich dem anschließen, was von der Kommission nach reiflicher Prüfung in Uebereinstimmung mit der Regierung in Antrag gebracht worden sei. Dem Antrag des Abg. Artaria hält er entgegen, daß durch denselben für die Produzenten Nichts, höchstens Etwas für die Konsumenten in den Landorten gewonnen werde, gerade diese aber eine höhere Steuer, wenigstens nach den gegenwärtigen Verhältnissen, besser ertragen könnten, als die meisten Stadtbewohner.

Eben so wenig könne er sich mit dem Antrag des Abg. Meyer vereinigen, da, wenn die Staatskasse in besseren Weinjahren durch das neue Gesetz eine größere Einnahme, als bisher, haben sollte, dies durch den Ausfall in schlechteren Weinjahren sich ausgleiche.

Uebrigens müsse man bedenken, daß die Staatskasse seither die Einnahme nicht erhalten habe, welche ihr gesetzlich ge-

bührt hätte, dieselbe somit, sollte sie durch das neue Gesetz wirklich mehr einnehmen, als bisher eingegangen, nur so viel erhalte, als schon durch das alte Weinsteuer-Gesetz ihr zugewendet werden sollte.

Der Abgeordnete stimmt für unveränderte Annahme des Art. 2.

Der Abg. Nestler: An den Sätzen dieses Artikels solle man keine Ermäßigung eintreten lassen. Denn während bei Einführung des neuen Gesetzes durch die Befreiung des Weinhandels für die Produzenten jeder Nachtheil, der etwa in dem höheren Steuerfuß liegen könnte, wegfallen, sei für die Konsumenten der Mehrertrag des Steuerfußes ganz unbedeutend. Habe wirklich das großh. Finanzministerium bei Ausarbeitung des Gesegentwurfs die Rechnung so gestellt, daß eine Mehreinnahme zu erwarten, so sei dies aus den von dem Abg. Schaaff dargelegten Gründen vollkommen zu rechtfertigen.

Der Abg. Schrey kann sich mit der in den Motiven zu dem Gesegentwurf ausgesprochenen Ansicht, als werde durch die gewählten überall gleichen Sätze kein Theil des Landes vor dem anderen beeinträchtigt werden, nicht einverstanden erklären. Er befürchtet vielmehr, da immer noch ein nicht unbedeutender Unterschied in den Weinen der verschiedenen Gegenden bestehe, daß denjenigen Gegenden, in denen geringere Weine erzeugt würden, durch den erhöhten Steuerfuß Nachtheil zugehen möchte. Er unterstützt deshalb den Antrag des Abg. Meyer.

Auch der Abg. Sieb findet den Unterschied von nur 20 Kreuzern für die Dmngeld, welcher nach dem Entwurf zwischen den geringsten und den vorzüglichsten Weinen bestehen sollte, nicht hinreichend, und unterstützt den Antrag des Abg. Meyer.

Der Abg. Blankenhorn, indem er auf den Vortrag des Hrn. Präsidenten des Finanzministeriums am Schlusse der gestrigen allgemeinen Diskussion zurückkommt, glaubt der großh. Regierung das Zeugniß allerdings ertheilen zu müssen, daß sie sich mit einer Aenderung des bisherigen Weinsteuer-Gesetzes nicht allzusehr beeilt habe. Er erkennt aber zugleich gerne an, wie dieselbe durchaus konstitutionell gehandelt habe, indem sie, nachdem beide Kammern um eine Aenderung gesonnen, eine verfassungsmäßige Vorlage gemacht habe. Gegen die Bedenken des Abg. Sieb müsse er bemerken, daß bei seiner anderen Steuer der Werth des Steuergegenstandes zu Grunde gelegt sei; gegen jene des Abg. v. E., daß man der Beschäftigungen der Kontrolle nur durch die Annahme des Gesegentwurfs überhoben werden könne. Für die Anträge der Abgg. Artaria und Meyer könne er sich nicht erklären, weil die ihnen zu Grunde liegenden Berechnungen nicht ganz zuverlässig seien. Aber selbst derjenige, der einen minder hohen Steuerfuß gewünscht hätte, müsse schon um des Art. 5 des Entwurfs willen, der einen Nachschlag von 5 Proz. bei dem Erwerb von Wein vor dem ersten Ablass bestimmt, ihn annehmen; denn für den Produzenten sei es von höchster Wichtigkeit, daß er seinen Wein so rasch als möglich verwerthe. Schließlich gibt der Redner zu bedenken, daß, wenn das Gesetz jetzt nicht angenommen werden sollte, bei einer etwaigen ähnlichen Vorlage auf einem spätern Landtage höchst wahrscheinlich noch höhere Steuerfüße in Aussicht ständen.

(Schluß folgt.)

Deutschland.

11 Karlsruhe, 21. Dez. Hr. Hofrath Plaz sendet uns folgende Erklärung:

„Der bekannte Artikel über die hiesigen Theaterverhältnisse in Nr. 296 d. Bl. hat einen Aufsatz von mir über die Ueberschuldung an Hrn. Eduard Devrient in einer Weise mit den Angriffen auf diesen selbst in Verbindung gebracht, über die nicht bloss ich selbst mich verwundert habe. Noch heute begreife ich nicht, wie meinen klaren und wohlwollenden Worten eine Deutung gegeben werden mochte, die sie als ungehörliche Anmaßung oder gar als Beleidigung Dessen erscheinen ließen, vor dem ich mich in denselben Treue und Ehrfurcht beuge, wie jeder loyale Unterthan. Das freilich konnte mir nicht im Traume einfallen, daß es eine Art Majestätsbeleidigung sei, zu sagen, daß ein Fürst der Kunst „huldige“, namentlich der hohen, reinen, wahren, die, ein Ausfluß des Göttlichen selbst, in idealer Höhe über allem Irdischen schwebt. Wohl hat es Fürsten gegeben, wie Ludwig XIV., die, selbst nicht angehaucht von dem Geiste der wahren Kunst, sie nur in so weit begünstigten, als sie sich herbeiließ, ihnen Weibrauch zu streuen; die Namen solcher Gönner von Kunst und Wissenschaft erscheinen in der Weltgeschichte freilich nicht als allzu eifrige Freunde derselben; wohl aber ist der Name der Fürsten untrennbar mit der Geschichte der Kultur selbst verbunden, welche dem Göttlichen der Kunst gepulvert haben. Das ist der Ruhm eines Karl August von Weimar, eines Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, eines Ludwig von Bayern, das ist der Ruhm unseres erhabenen Fürstenhauses, und insbesondere seines gegenwärtigen Hauptes. Habe ich gesagt, daß Hr. Königl. Hofrath der Großherzog in einem Manne, der in seinem Dienste der „Kunst“ dient, dieser geschuldet, ihm aber eine verdiente „Anerkennung“ habe angedeihen lassen, so gehört

denn doch ein eigenthümliches Auffassungsvermögen dazu, mir Schuld zu geben, „ich habe in feiner Weise dem Diener durch den Herrn huldigen lassen.“ Ich bin in der That nicht in so unzurechnungsfähigem Zustande gewesen, um solchen Widersinns mich schuldig zu machen, und ich darf wohl annehmen, daß der Unmuth des Verfassers des Artikels in Nr. 296 eine andere Quelle hat, als meine von ihm verdrehten Worte.

Wenn ich ferner in der Anerkennung, die Hrn. Devrient zu Theil geworden, zugleich eine Billigung seiner amtlichen Thätigkeit erblicke, und die Zuversicht ausspreche, daß er auch fernerhin der Unterstützung Sr. Königl. Hoheit sich werde zu erfreuen haben, so ist auch Dies nur eine logische Konsequenz aus gegebenen Prämissen, die ich ziehen zu dürfen glaubte, ohne mich einer Indiskretion schuldig zu machen. Am wenigsten, dünkt mir, hat Derjenige mir den Vorwurf einer solchen zu machen, der ohne höhere Ermächtigung einen Diener seines Fürsten in so auffälliger Weise öffentlich angreift, wie es in Nr. 296 geschehen ist. Ich habe daher in meinem Aufsatze Nichts zurückzunehmen. Nur Eins thut mir leid, daß ich nämlich dem Hrn. Einsender die Freude über die Auszeichnung des Hrn. Devrient so sehr getrübt habe; erst jetzt, nachdem ich seinen Artikel gelesen, kann ich mir einen Begriff von der Größe jener Freude machen, wegen deren Verkümmern ich ihn um Verzeihung bitte.

Schließlich bemerke ich, daß mein Aufsatz ganz ohne Wissen des Hrn. Devrient geschrieben ward, wie überhaupt keiner von mir jemals mit ihm verabredet war. Ich erkläre ferner, daß ich nur in der „Karlsruh. Zeitung“ über hiesige Theaterverhältnisse geschrieben habe. — Plaz, Hofrath.“

— Auch wir unsrerseits sehen uns veranlaßt, im Interesse unseres Blattes schließlich noch ein Wort beizufügen. Der Hr. Verfasser des Artikels in Nr. 296 d. Bl. macht der hiesigen Presse den Vorwurf, die Aufgabe der Hoftheaterdirektion im Uebermaß besprochen zu haben, und sieht darin zugleich „Demonstrationen, welche, wenn auch in wohlmeinender Absicht, immer nur auf die Belobung der leitenden Hand ausgehen und zurückkommen.“ Zur hiesigen Presse gehört auch die „Karlsruh. Ztg.“, und dieser Vorwurf trifft also auch sie. Wir können nicht läugnen, daß dieses Wort vor einigen Jahren, als ein heftiger Zeitungsstreit über die Aufgabe der Bühnenleitung entbrannt war, sein Wort in einer Reihe von Artikeln abgegeben hat, die zwar nicht aus unserer eigenen Feder stammten, aber doch durch uns zum Druck befördert wurden. Aber wir glauben heute noch — und der Erfolg spricht für unsere Meinung —, daß sie damals am Ort waren; wir glauben ferner, daß es, trotz der augenscheinlichen Besserung im Geschmack des Publikums, heute noch nicht an Leuten fehlt, die mit der im großh. Hoftheater vorherrschenden Kunstströmung, der auch der Hr. Verfasser des fraglichen Artikels so große Anerkennung spendet, keineswegs einverstanden sind. Wenigstens ihnen gegenüber konnte es doch wohl nicht unangemessen sein, wenn wir es geschehen ließen, daß irgend einer unserer Mitarbeiter ein- oder zweimal (mehr nicht) eine betreffende Bemerkung auch später noch machte. Diese Kunstströmung aber, die vor Hrn. Ed. Devrient in dieser prinzipiell selbstbewußten und durchgreifenden Weise an der hiesigen Hofbühne nicht bestanden hat, ist mit seiner Persönlichkeit eng verknüpft; was Wunder, wenn da sein Name mit in die Sache verflochten wird! Und Das ist's; nicht der Person des technischen Leiters der Kunstankalt, sondern dem von ihm — unter der Aegide unseres so kunstverständigen und kunstfördernden Fürsten — vertretenen Geiste der Kunst und den von diesem Geist getragenen Erfolge gen gilt in erster Linie das Lob, welches jemals in diesem Blatte gespendet worden ist, und welches selbstverständlich Allen mit zukommt, die zu letztern beigetragen haben, sei es auf der Szene, sei es außerhalb derselben. Ganz richtig bemerkt der Hr. Verfasser, daß der technischen Direktion nicht Alles gelinge; wenn wir uns mehr an Das gehalten haben, was gelungen, als an Das, was nicht gelungen ist, so liegt eben der Grund wesentlich in unserm Interesse für die Hauptsache, für das Ganze, gegenüber dem Zufälligen und Beiläufigen, ganz abgesehen davon, daß unser Blatt ein rein politisches ist, das die Aufgabe eines permanenten, auf alles Einzelne eingehenden Theaterreferats nicht hat. Wollte man in diesem sachlichen Verhältnis gar rein persönliche Motive wittern, so werden wir uns nicht dazu herbeilassen, darauf auch nur ein Wort zu erwiedern. Vielleicht ist es indes doch nicht überflüssig, schließlich noch eine Thatsache zu erwähnen, die nämlich, daß Hr. Ed. Devrient seit seiner nun fünfjährigen Amtsthätigkeit niemals von einer in der „Karlsruh. Ztg.“ erschienenen, das großh. Hoftheater betreffenden Besprechung früher Kenntniß hatte, als bis er dieselbe in dem Blatte selbst, wie jeder Andere, gedruckt lesen konnte.

Nachdem nun alle hiesige Interessenten das Wort hatten, erklären wir die Debatte für geschlossen. — D. Red.

*) Bekanntlich spielte auch in diesem Streite, worin Hr. Schaaff in den als Kämpfe auftrat, der Vorwurf übertriebenen Zeitungslobes für den technischen Leiter des großh. Hoftheaters eine Hauptrolle. Man wird sich jedoch erinnern, daß Hr. Schaaff gerade in unserm Blatte diesen Vorwurf nicht gemacht hat. — D. R.

Bruchsal, 19. Dez. (Schwurgericht.) In geheimer Sitzung wurde heute die Anklage gegen Maria Anna Muser von Nordrach, Amis Gengenbach, wegen Kindsmordes, verhandelt. Die Angeklagte, ein 23jähriges Dienstmädchen, war ihres Verbrechens in der Hauptsache geständig, und wurde zu einer Zuchthausstrafe von sechs Jahren verurtheilt.

Bruchsal, 20. Dez. Die letzte Woche brachte uns einige Male bei hohem Barometerstand sehr dichte und den ganzen Tag anhaltende Nebel, und auch heute Morgen ist es wieder neblig, wobei jedoch die Witterung im Ganzen milde ist, z. B. so eben Morgens 10 Uhr zeigt das Thermometer 4 Gr. R. Wärme, so daß man immer noch hoffen darf, es werde sich der überaus nöthige Regen noch vor dem Einfrieren einstellen. — Bei einem Gang durch die Stadt sieht man noch überall an Häusern und Scheuern unvermindert die Garnituren des zum Trocknen aufgehängten Tabaks, und findet darin die Bestätigung, daß es an Käusern fehlt und daß die Angebote der wenigen Kauflustigen gar zu ungünstig für die Produzenten sind, weshalb für die hiesige Gegend eine bedeutende Abnahme des Tabakbaues für das nächste Jahr mit ziemlicher Sicherheit vorausgesagt werden darf. — Die Preise der Lebensmittel und Lebensbedürfnisse bleiben sich gleich, und so dauert die ungewöhnliche Erscheinung fort, daß die sonst für diese Klasse von Waaren maßgebenden Preise des Brodes sich nieder stellen und doch alles Uebrige sehr theuer ist, mithin die Konsumenten jenes Vorteils nicht froh werden können. Dahin gehört besonders der hohe Preis des Brennholzes, welcher bei der vor einigen Tagen abgehaltenen Versteigerung auf 21 fl. für das Klotter im Walde stieg.

Aus dem Mittelrheinkreis, 20. Dez. Es war schon früher in diesen Blättern davon die Rede, daß die bei der großh. Amortisationskasse über 10 Jahre angelegten Pfarrzinsen- und Pfarrkompetenz-Kapitalien vom nächsten Jahre an statt der bisherigen 5 nur noch mit 4 1/2 Prozent verzinst werden sollen. Aus einem in diesen Tagen ergangenen Erlaß der obersten evang. Kirchenbehörde geht hervor, daß einige Diözesen die Bitte um Verlängerung der 5proz. Verzinsung höhern Orts vorgelegt hatten, aber von der großh. Regierung auf den Grund der bestehenden Gesetze und weil bereits eine hinreichende, jedoch nicht immer benützte Frist zu anderweiter Unterbringung dieser Kapitalien gestellt war, abgewiesen werden mußten. Es ist in der That auffallend, wie sehr so manche Pfarrer gegen Güterakquisitionen, welche doch unlängbar die größte Sicherheit und bleibenden Vortheil gewähren, sich sträuben, ungeachtet die oberste Kirchenbehörde seit einer Reihe von Jahren die eindringlichsten Ermahnungen dazu wiederholt erlassen hat.

Heidelberg, im Dez. (B. Entblt.) Auf Einladung von Hygicus Wegger fand am 4. d. M. eine ziemlich zahlreich besuchte Versammlung hiesiger und auswärtiger Aerzte dahier statt, welche die Beratung der bereits in mehreren Blättern erwähnten neuen Taxordnung für ärztliche Verrichtungen zum Zweck hatte. Wie wir vernehmen, wurde von einem Mitgliede der Versammlung der Antrag gestellt, die Bitte an großh. Ministerium des Innern zu richten, von der Aufstellung einer Taxe überhaupt absehen und also der ärztlichen Wirksamkeit freie Konkurrenz geben, eine feste Taxe dagegen nur für die Armen gelten lassen zu wollen, da für Letztere die Nothwendigkeit einer Norm allerdings geboten sei; in kritischen Fällen sollten Experten ernannt werden, welche über das Honorar, das dem Arzte in dem betreffenden Fall gebühre, gehört werden sollen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und eine Kommission gewählt, welche beauftragt ist, diesen Beschluß zur Unterschrift zirkuliren zu lassen und in einer näheren Motivierung hohem Ministerium des Innern zu unterbreiten.

Schwesingen, 19. Dez. Heute Vormittag 11 Uhr überaschte uns das zweite Infanterieregiment Prinz von Preußen, welches auf einem Uebungsmarsch aus seiner Garnison Mannheim hieher kam und mit klingendem Spiele einzog. Während der Kommandeur Oberst Frhr. v. Adelsheim mit den Stabsoffizieren dem Garnisonskommandanten Oberst Saroni seine Aufwartung machte, spielte die Musik in herrlichen Vorträgen vor der Wohnung des Letztern. Um 12 Uhr marschirte das Regiment wieder zurück und desfilirte im Schloßhofe vor dem hiesigen Kommandanten und dessen Offizieren; war das Ganze ein imponirend schöner, so war dieser letzte Moment, wo die junge Truppe den ergrauten Kriegern die gebührende Ehre erzeigte, ein ergreifender Anblick.

Freiburg, 19. Dez. (Brsg. Ztg.) Der heutige Fruchtmarkt war sehr besucht. Die Fruchtpreise zeigten etwas weniger Neigung zum Steigen, jedenfalls aber ohne besondere Bedeutung.

Stuttgart, 20. Dez. Nachdem die Projekte der Stadtbörse, eine größere Kapitalaufnahme durch eine Lotterie oder Kreirung von Papiergeld zu erzielen, durch das Beto der Regierung gescheitert sind, hat dieselbe nun endlich zu dem einfachen Mittel einer Anleihe sich entschlossen. Sie beabsichtigt, 360,000 fl. zu 4 Proz. aufzunehmen, um damit zunächst sämmtliche ältere Schulden, die sich zu einem höhern Fuße als 4 Proz. verzinsen, heimzuzahlen, und mit dem Rest die dringendsten Bauten, wie neue Schulen, Schlachthaus u. dgl. mehr, sowie unabwiesbare Reparaturen auszuführen. Bei dem günstigen Stande des Gemeindevermögens und dem gegenwärtig merklich gedrückten Zinsfuß in unserm Lande dürfte das Anlehen zu 4 Proz. sich wohl effektuiren lassen, das in 30 Jahren, 12,000 fl. jährlich, wieder heimgezahlt werden soll. Eine andere Frage ist aber die, ob mit dieser Summe auch nachhaltig geholfen ist. Bei der täglich wachsenden Ausdehnung der Stadt und den dadurch sich steigenden Lasten für Herstellung neuer Straßen, Brunnen, Beleuchtung u. s. w. ist kaum zu hoffen, daß die jährlichen Einnahmen in Zukunft für die laufenden Ausgaben

genügen werden, wenn nicht neue Einnahmsquellen eröffnet werden. Die seitherige Praxis, das Defizit durch Umlage auf Gebäude, Gewerbe zu decken, kann nicht wohl weiter ausgedehnt werden, als bereits geschehen ist. Die Regierung gibt ihre Einwilligung hiezu nicht; denn, wenn sie es thäte, so wäre die nächste Folge eine noch höhere Steigerung der Mietpreise für Wohnungen, die jetzt schon hoch genug hinaufgetrieben sind, höhere Preise von Seiten der Gewerbetreibenden, mit einem Wort eine allgemeine Vertheuerung des hiesigen Lebens. Wie aber abgeholfen werden soll, das ist eine nicht leicht zu entscheidende Frage.

Mit dem heutigen Datum sind die Eintrittspreise in das k. Hoftheater etwas erhöht worden, ohne Zweifel als Vorläufer der Erhöhung des Abonnements im künftigen Theaterjahr. Es läßt sich nicht in Abrede ziehen, daß die Preise seither zu nieder waren, und es ist diese Maßregel daher von dem Standpunkte der so hoch gesteigerten Ansprüche des Publikums auf szenische Ausstattung, sowie der hohen Gagen an die Künstler vollkommen gerechtfertigt. Aber im Interesse dieses Instituts sowohl wie der Kunst wäre zu wünschen, daß die Einnahmen auch auf indirektem Wege vermehrt würden, was nicht schwer zu erreichen wäre.

Frankfurt, 16. Dez. (Fr. Z.) Die Bundesversammlung wird während der Weihnachtszeit keine Sitzung halten. — Das hiesige Unterstützungskomitee für Mainz hat gestern seine Thätigkeit für abgeschlossen erklärt; da bis zum neuen Jahre die Ergebnisse der Privatwohlthätigkeit abgeschlossen vorliegen dürften, so wird es dem Bunde dadurch ermöglicht sein, zu prüfen und festzustellen, was ihm zu thun erübrige.

Frankfurt, 19. Dez. (Fr. Bl.) In der Bundestagsitzung vom 17. d. M. legte der k. bayrische Gesandte die Vorschläge der Kosten des Unterhalts und der Verwaltung der Bundesfestung Landau für das Jahr 1857/58 vor, und es wurden dieselben zunächst der Militärkommission zur Prüfung überwiesen. Es kam sodann ein Antrag auf Erläuterung einiger Bestimmungen der Kartellkonvention bezüglich des Kostenpunktes, sowie eine Mittheilung über den günstigen Stand eines schwebenden Rechtsstreites ein, und wurden beide dem betreffenden Ausschusse zur Berichterstattung überwiesen. Auf Vortrage des Ausschusses für Militärangelegenheiten bestimmte die Versammlung die Frist für Befreiung der Kleingewehrmunition eines Kontingents für eine Bundesfestung, und es wies dieselbe die Kassenverwaltung zur Ausbezahlung der einem vormaligen Offizier der schleswig-holsteinischen Armee bewilligten Unterstützung an.

Mainz, 19. Dez. In der letzten Gemeinderathssitzung wurde dem Kollegium Bericht über die bei dem Großherzog gehabte Audienz der von Gemeinderathe abgeordneten Deputation erstattet. Der Großherzog versicherte aufs neue, die großh. Regierung werde sich thätig verwenden, vom Bunde Ertrag für den am 18. Nov. erlittenen Schaden der Stadt Mainz zu erlangen; auch hätten bereits andere Mitglieder des Bundes ihre günstigen Absichten in Betreff dieses Schadenersatzes geäußert. Papst Pius IX. hat für die bei der Mainzer Explosion Verunglückten 1200 fl. rh., der Fürst von Thurn und Taxis 1000 fl., die Verwaltung der Taunusbahn 5000 fl. gegeben.

Koblenz, 20. Dez. Man meldet von Berlin, daß die Ankunft Ihrer k. Majestät der Frau Prinzessin von Preußen in unserer Stadt auf den 2. Januar bestimmt sei; doch ist offiziell darüber noch nichts hieher gelangt. — Das Geschäft mit diesjährigen Weinen, welches Anfangs zu großen Erwartungen berechtigte, ist in Folge der allgemeinen Geldkrise sehr ins Stocken gerathen und fast auf Dasjenige reduziert, was der Konsum erfordert. Die Wingerlagen natürlich sehr über die geringe Nachfrage, sind aber auch nicht geneigt, die Weine, die in den Fässern immer mehr über die werthvollen Eigenschaften entwickelten, für geringe Preise loszulassen. Es ist lobenswerth, daß die kleinen Weinbergbesitzer in dieser Haltung von den vermögendern unterstützt werden, was besonders an der Mosel geschieht. — Der Bau der Moselbrücke für die Eisenbahn wird trotz der vorgeordneten Jahreszeit mit angestrengter Thätigkeit betrieben und namentlich die Aufmauerung der Pfeiler rastlos fortgesetzt. Zwei Landpfeiler und ein Strompfeiler sind bereits vollendet, an zwei andern wird gearbeitet und sind dieselben mit einem Bretterhaus umgeben, in welchem geheizt wird. Die Erdarbeiten für die Strecke rheinaufwärts, von hier bis Stolzenfels, haben an zwei Stellen begonnen und es ist überhaupt für die Vollenbung des großen Unternehmens der rheinischen Eisenbahngesellschaft, sowohl in unserer Nähe als am Niederrhein, eine rege Thätigkeit bemerkbar. — Unsere Civil-Casino-Gesellschaft, welche am 6. Jan. das Fest ihres 50jährigen Bestehens feierte, hat für die hiesigen Waisenhäuser und wohlthätigen Anstalten beider Konfessionen ein Geschenk von 2000 Thalern bestimmt.

Berlin, 19. Dez. Wie die „Zeit“ erfährt, ist die Eröffnung des Landtages nunmehr bestimmt für den 12. Januar k. J. anberaumt. — Die europäische Kommission, welche in Galatz versammelt ist, um die Maßnahmen zur Regelung der freien Donauschiffahrt festzustellen, hat, wie die „Pr. C.“ erfährt, in diesen Tagen die Beratungen begonnen, welche die Wahl des zur Hauptfahrstraße geeigneten Donauarms zum Gegenstande haben. — Nach den bisherigen Dispositionen gedenkt die Frau Prinzessin von Preußen am 2. Januar nach Koblenz zurückzukehren und dort bis zum 22. desselben Monats zu verweilen. An diesem Tage beabsichtigt Ihre k. Majestät in Begleitung ihres Sohnes die Reise nach London anzutreten. Der Prinz von Preußen selbst würde, wenn überhaupt, erst am nächsten Tage seiner Familie folgen können. — Der Generalmajor Graf v. Rödern, zuletzt Commandeur der zehnten Infanteriebrigade, ist gestern Vormittag nach kurzem Krankenlager hier verschieden. — J. J. M. der König und die Königin machten auch gestern wieder die gewöhnliche Spazierfahrt. Später promenirte der König längere Zeit in Begleitung der Adju-

tantan vom Dienst. Am Tage zuvor hatte der Oberbaurath Stüler abermals die Ehre, Sr. Majestät mehrere Baupläne vorzulegen.

Berlin, 20. Dez. Heute Vormittag waren die hier anwesenden Mitglieder des Königshauses bei J. J. M. dem König und der Königin in Charlottenburg und wohnten mit der Königin dem Gottesdienste in der Charlottenburger Schloßkapelle bei. Das in einem Theil der Presse verbreitete Gerücht, wonach es in der Absicht unseres Monarchen liegen soll, noch vor Ablauf dieses Jahres wieder nach Potsdam überzusiedeln, findet keine Bestätigung. Das königliche Hoflager verbleibt vorerst in Charlottenburg. Bis jetzt sind in Betreff einer Reise der Königl. Majestät nach dem Süden noch keine Bestimmungen getroffen. Die Entscheidung darüber bleibt von den Fortschritten in der Wiedergenesung des Königs abhängig. Seit einigen Tagen ist hier in sonst wohlorientirten Kreisen die Rede davon, daß Ihre Maj. die Kaiserin-Mutter von Rußland noch im Laufe des bevorstehenden Monats Januar nach Berlin kommen werde, um einige Zeit an unserm Hofe zu verweilen und dann wieder nach Nizza zu gehen. Wir erwähnen des Gerüchtes, weil dasselbe mit wachsender Bestimmtheit als glaubwürdig bezeichnet wird. — In Bezug auf den jetzigen Stand der moldowalachischen Frage verlautet hier, daß die Schließung der Divane der beiden Fürstenthümer in den nächsten Tagen zu erwarten steht. Das zur Begründung dieser Maßregel von der Pforte an die Vertreter der Türkei bei den europäischen Höfen gerichtete Zirkular ist in Berlin speziell noch nicht bekannt geworden, weshalb auch die von manchen Seiten verbreiteten Mittheilungen über seinen Inhalt mit Vorsicht aufzunehmen sein dürften. Die beteiligten Mächte stimmen in dem Wunsche überein, die Reorganisationsangelegenheit so bald als möglich vor die in Aussicht genommene neue europäische Konferenz zu bringen. In Bezug auf den Zusammentritt der letztern sind aber noch keine Beschlüsse gefaßt, weil zunächst der internationalen Kommission die nöthige Zeit verstattet werden muß, um sich über die von ihr der Konferenz zu machenden Vorlagen zu verständigen. Die Behauptung einiger Blätter, daß mehrere Mitglieder der Kommission bei einer neulich in Bukarest stattgefundenen Zusammenkunft in Betreff der Reorganisationsfrage Meinungen dargelegt hätten, welche mit den Anschauungen ihrer Kabinette in grollem Widerspruch ständen, beruht allem Anschein nach wieder auf jener schon früher gerügten Selbsttäuschung, welche den betreffenden Kabinetten ganz andere Ansichten beilegt, als dieselben stets gehegt und wiederholt kundgegeben haben. — Gutem Vernehmen nach hat die früher in Wien versammelte Donauufer-Staaten-Kommission ein Schiffahrts-Reglement für die Donau vereinbart, dessen Bestimmungen über die Cabotage namentlich für die Türkei und Oesterreich sehr günstig sind, während der Schiffahrt Serbiens, der Walachei, und der Moldau dadurch mancherlei Hemmnisse beseitigt werden. Während die Uferstaaten im Begriff sind, die Uebereinkunft zu ratifiziren, hat sich im Betreff derselben zwischen Oesterreich und Frankreich ein Meinungsstreit entsponnen. Das Pariser Kabinet behauptet, die Vereinbarung müsse der europäischen Konferenz zur Genehmigung vorgelegt werden, während das Wiener Kabinet für die Uferstaaten das Recht selbständiger Abschlüsse in Anspruch nimmt. Von französischer Seite ist unter dem 7. Dez. an die Teilnehmer des Pariser Vertrages ein auf die Sache bezüglicher Rundschreiben gerichtet worden, worin dieselben aufgefordert werden, der Gesamtheit der kontrahirenden Mächte auch die oberste Entscheidung in Bezug auf die Festsetzungen zu wahren, welche von den Uferstaaten hinsichtlich der Donauschiffahrt getroffen werden.

Wien, 17. Dez. Die Reduzirung des Lokostandes bei den Truppen hat, wie die „Dsd. Post“ meldet, durch Beurlaubung der in Folge dieses Befehls überzählig ausgefallenen Mannschaften am 1. d. M. Platz gegriffen. Danach ist der Lokostand herabgesetzt worden: bei jeder Kompagnie der vierten Bataillone der Linieninfanterie mit 20 Gemeinen, bei jeder Sanitätskompagnie 7 Chargen, 1 Hornist und 50 Gemeine, bei den Kürassier- und Dragonerregimentern jede Schwadron um 20 berittene und 2 unberittene, bei den Husaren und Ulanen jede Schwadron um 30 berittene und 3 unberittene Gemeine; sämmtliche Depotkadres der Kavallerie wurden ganz aufgelöst, bei der Artillerie traten namhafte Beurlaubungen ins Leben, bei dem 3., 5., und 7. Regiment wurden die bespannten Batterien beschränkt und viele Bespannungen ganz aufgelöst, die Genietruppe wurde bei jeder Kompagnie mit 25 Mann vom Feldwebel abwärts herabgesetzt, und zwar 4 Chargen, 1 Hornist und 20 Gemeine, in gleichen wurden bei den Pionieren per Kompagnie 4 Chargen, 1 Hornist, 5 Ober- und 15 Unterpioniere beurlaubt und die Bespannung um die Hälfte, sowohl an Mannschaft wie an Pferden, vermindert. Von der Flottille wurde die Gardafleotille und eine Kompagnie der Donaufleotille aufgelöst. — Die beim Statthalterpräsidium eingegangenen Spenden für die Verunglückten in Mainz betragen bis heute 39,520 fl. 3 kr., 10 pr. Thlr., 1 bayrischen Gulden, 10 Dukaten, 20 Franken und 50 fl. Nationalanlehen. Beim Magistratspräsidium sind vom 25. Nov. bis 15. Dez. 2506 fl. 29 kr. eingegangen.

Wien, 18. Dez. Lord Redcliffe ist gestern in später Abendstunde hier eingetroffen und wurde auf dem Bahnhofe von Sir Hamilton Seymour, dem kön. britischen Gesandten am österreichischen Hofe, erwartet. Er wird nach zwei Tagen Aufenthalt seine Reise fortsetzen. Man glaubt, daß während seiner Anwesenheit wichtige diplomatische Besprechungen, namentlich in Bezug auf die Angelegenheit der Donaufürstenthümer, stattfinden werden. Lord Redcliffe, welcher schon seit 20 Monaten den Urlaub in Händen hatte, von dem er heute Gebrauch macht, dürfte im Laufe des Februars auf seinen Posten nach Konstantinopel zurückkehren. — Nachdem sich die von hieraus verbreitete Nachricht von der durch die Pforte erfolgten Auflösung der moldowala-

la schen Divane als ungenau erwiesen hat, tritt jetzt eine andere Lesart auf, der zufolge der die Auflösung anordnende Ferman sich bereits in den Händen des Hofordnungs-Kommissärs Saffet-Effendi befände und nächster Tage in Vollzug gesetzt werden solle. — Die „Wien. Ztg.“, d. h. die österreichische Staatszeitung, welche bis jetzt an die Ghelenschen Erben verpachtet war, geht mit Neujahr in den Betrieb der Staatsdruckerei über. Heute ist das Blatt bereits in neuer Ausstattung erschienen und unterscheidet sich von früher nur durch die Eleganz des Papiers. Der Titel, früher „österreichisch kaiserliche“, ist jetzt vereinfacht: „Wiener Zeitung“. Die Redaktion führt unverändert Dr. Leopold Schweiger.

Schweiz.

Bern, 19. Dez. Die Bundesversammlung hat nach zweitägiger Debatte den von Baadit erhobenen Kompetenzkonflikt mit 70 gegen 67 Stimmen, ohne die vorgeschlagene Dron, bevorrechtende Motivierung, abgewiesen.

Italien.

*** Marseille, 18. Dez. (Tel. Dep.)** Die Nachrichten aus Neapel sind vom 15.; der „Cagliari“ ist für gute Preise erklärt worden. Der Minister des Auswärtigen hat zur Rechtfertigung dieser Entscheidung eine Denkschrift veröffentlicht.

Frankreich.

Paris, 19. Dez. Der Prozess Jeufosse hat mit der Freisprechung sämtlicher Angeklagten geendet. Die Schlussurtheilung des 5 Tage dauernden Prozesses wurde durch die Reden der Verteidiger und des Generalprokurators, sowie durch das Resümee des Präsidenten ausgefüllt. Es wurde von allen Seiten vortrefflich gesprochen; den Preis der Beredsamkeit aber erlangte Berryer. Gleich der Eingang seiner Rede machte einen mächtigen Eindruck. „Meine Herren! — so begann der berühmte Redner —, Frau v. Jeufosse ist der Missethäterin angeklagt; ich vertrete sie vor Ihnen, und durch meinen Mund läßt sie sich als Haupturheberin hinstellen. Sie will, daß meine Stimme sich vor Ihnen erhebe, weniger um sie zu decken, als um sie zu rechtfertigen. Sie will, daß ich Ihnen sage, daß, wenn ein Arm sich erhoben hat, um die Ehre des Namens ihres Mannes, ihre eigene Ehre, und die Ehre und den Namen ihrer Tochter zu rächen, sie selbst es ist, die es gewollt hat, und daß durch ihre Bitten und selbst durch ihre Befehle dieser Arm bewaffnet worden ist. . . . Auf sie allein geht die ganze Sache zurück, auf sie fällt die ganze Verantwortlichkeit; sie nimmt diese Verantwortlichkeit, wie sie auch geartet sein mag, auf sich.“ Und nun führt er mit hinreißender Kraft und Wärme der Rede aus, daß ein rein menschliches Motiv, noch gesteigert im Gefühl des Weibes, der Mutter, des Familienhauptes, die Ehre, die Klippe gewesen sei, an welcher sich die wirren und wüsten Leidenschaften des Dessen, der als Opfer fiel, gebrochen haben. Wiederholt erklärt der Redner, daß nur das volle Bewußtsein, eine gute Sache zu vertreten, ihn in seinen Jahren zur Uebernahme dieser Verteidigung veranlaßt habe. Der lebhafteste Beifall des Auditoriums folgte seiner Rede; der Präsident erklärte solche Demonstrationen für ungeeignet, da sie, wie groß auch das Talent des Verteidigers sei, mit der Achtung vor der Justiz nicht vereinbar seien. „Wir applaudiren dem Talent“, rief eine Stimme, worauf Berryer sehr bewegt sagte: „Es kommt nicht vom Talent, sondern vom Herzen.“ Ein neuer Beifallsturm brach nun los.

Nach Berryer sprach Hr. Deschamp, Verteidiger Crepel's und der Söhne der Frau v. Jeufosse, und dann der Staatsprokurator Jolibois, dessen Aeußerungen man deutlich das Gewicht des Cindrucks anmerkte, den die Rede des „Fürsten des Wortes“ (prince de la parole) — wie er Hr. Berryer nannte —, gemacht hatte. Als er gendete, zeigte der Präsident, Hr. Banier, dem Staatsprokurator an, daß der Gerichtshof die Frage auf „Verwundungen, welche den Tod veranlassen haben,

ohne die Absicht, ihn herbeizuführen“, stellen werde. Darauf folgten die Repliken der Verteidiger, wobei Hr. Berryer wieder nicht minder glänzend sprach, als vorher, und dann das Resümee des Präsidenten. Als bemerkenswerth fügen wir den Umstand bei, daß der Staatsprokurator gleich den Verteidigern seine Ueberzeugung auf's entschiedenste aussprach, daß die weibliche Ehre von Frln. Blanche v. Jeufosse durch Guillot nicht besetzt worden sei. Alles beruhe auf Aussagen Dritter, die ihre Kunde einzig und allein aus den Mittheilungen des leichtfertigen, leidenschaftlichen, und unzuverlässigen Guillot geschöpft hätten. Objektive Beweise gebe es nicht, und die Vermuthung spreche für und nicht gegen Frln. v. Jeufosse. — Die Verathung der Geschwornen dauerte 20 Minuten. Der Wahrspruch lautete bei allen gestellten Fragen auf nicht schuldig, worauf der Präsident die Freilassung der Angeklagten aussprach. Schließlich wurde die Familie Jeufosse auf Antrag der Zivilpartei zu den Kosten verurtheilt, nachdem ein Antrag der Frau Guillot auf 100,000 Fr. Entschädigung verworfen worden war.

Die „Patrie“ dementirt die von einem ausländischen Blatt gegebene Nachricht, der Kaiser Napoleon werde in Folge der Reklamationen Englands die Frage der Regerauswanderung von Afrika nach den französischen Kolonien einer Konferenz unterwerfen, die in London zusammentreten würde. Dasselbe Blatt versichert, daß in den Beziehungen Reschid's und des Hrn. v. Thouvenel Nichts geändert ist; Letzterer hat keinerlei Verkehr mit dem Großvezier. Die Suezfrage mache keine Fortschritte, und England widersehe sich noch immer; in dessen glaube man nicht, daß die Priorität diese Frage noch lange in der Schwebe lassen könne. — Der „Spectateur“ veröffentlicht einen Brief des Herzogs von Montmorency und des Grafen Montalivet — die mit Hrn. Dupin zu Testamentsexekutoren der Familie Orleans ernannt waren, — worin gegen die in seiner bekannten Rede gemachte Angabe protestirt wird, daß die Angelegenheit der Testamentsexekution bereits ganz beendet sei. Dean die Testamentsexekutoren hätten der Familie Orleans gegenüber auch noch eine weitere und intimere Mission angenommen, nämlich die, als Rathgeber alle Operationen zu leiten, und als Schiedsrichter durch gegenseitiges Uebereinkommen alle diejenigen Fragen zu entscheiden, welche nothwendig aus der Anwendung der Dekrete vom 22. Januar 1852, die für den Prinzen des Hauses Orleans an die Stelle der Familienakten und des gemeinen Gesetzes getreten waren, sich erheben mußten. Börse. Hauss. 3/8, 67.30.

Spanien.

*** Madrid, 15. Dez. (Tel. Dep.)** Eine königl. Ordnung vom 12. dehnt auf die Kolonie die allgemeine Amnestie für politische Verbrechen aus. Die Amnestirten können ihren Wohnsitz irgendwo in Spanien oder Europa aufschlagen; wollen sie aber in die Kolonien zurückkehren, so müssen sie beim Generalgouverneur die Erlaubniß dazu einholen. — Ein anderes Dekret, gleichfalls vom 12., mildert um ein Drittel, ein Drittel, und die Hälfte die Strafe Derjenigen, welche zu den Presidios in Cuba, Porto-Rico, und auf den Philippinen verurtheilt sind.

Belgien.

Brüssel, 17. Dez. In der Zweiten Kammer ist heute Verhaegen zum Präsidenten, Orts zum Vizepräsidenten, und Dolez zum zweiten Vizepräsidenten gewählt worden.

Brüssel, 18. Dez. Die Kommission des Senats, welche die gestern erwähnte Adresse dem Könige zu überbringen ernannt worden, hat sich heute Mittag unter Vortritt des Bureau's ins Schloß begeben. Der König ertheilte nach Anhörung der Zuschrift des Senats folgende Antwort:

Meine Herren! Ich vernehme mit lebhaftem Gefühle der Freude die Theilnahme und die Glückwünsche des Senats, dem wir entgegensetzen, kann die Bande, welche die Nation und die Dynastie in so inniger Weise verbinden, nur noch fester knüpfen, in dem es unserm

Befehlen neue Unterpänder der Festigkeit und Dauer verleiht. Unsere Gefühle gegenseitigen Vertrauens haben sich bei verschiedenartigen Ereignissen, die im Laufe dieser siebenundzwanzig Jahre hervortraten, kund gegeben. Ich erwarte nicht weniger von der Vaterlandsliebe und der Ergebenheit des Senats, als Das, was er mir in so theilnehmenden Worten ausgedrückt hat.

Nachdem Sr. Majestät sich alsdann eine Zeit lang mit einigen Mitgliedern der Deputation unterhalten hatte, kehrte letztere ins Parlamentsgebäude zurück, woselbst den anwesenden Senatoren die Erwiderung des Königs mitgetheilt wurde und der Senat sich unmittelbar darauf bis zum 28. v. vertagte. Die heutige Sitzung der Kammer ward lediglich durch Arbeiten formeller Natur ausgefüllt.

Dänemark.

Kopenhagen, 18. Dez. (H. B. H.) Das Landsting hat heute in der dritten Verathung das Gesetz wegen der Anleihe von 300,000 L. angenommen. Der Minister des Innern hat eine Kommission niedergesetzt, um einen Vorschlag, auf welche Art diese Summe angewendet werden soll, auszuarbeiten. — Der Reichstag wird am Dienstag geschlossen werden.

Vermischte Nachrichten.

□ Karlsruhe, 20. Dez. Das zweite Konzert des Cäcilienvereins bot, wie das erste, vielfachen Genuß der edelsten Art. Das Quartett von Beethoven und das Quintett von Mozart verlebten ihre Wirkung um so weniger, als die neue Lokalität gerade für die Kammermusik die günstigsten Verhältnisse darbietet, und so die Zartheit der Ausführung der erprobten Künstler des Orchesters, die den Verein unterstützen, zu voller Geltung kam. Hr. Fuhr hatte auch in diesem Konzert die Güte, eine Klavierpartie zu übernehmen, und das er es that, und wie er es that, gibt ihm einen doppelten Anspruch auf den Dank des Publikums. Frau Hausser und Hrn. Brenken theilten sich durch den Vortrag von Liedern und im ersten Theil des „Messias“ durch Uebernahme der Solo's des Alt und Sopran. Nur eine Stimme war über die Trefflichkeit ihrer Leistungen in Bezug auf Wohlklang der Stimme und geistervollen Vortrag. Wir hoffen, daß ihre Mitwirkung dem Vereine auch für die größeren Aufgaben, die er sich vorgesetzt hat, gesichert bleibt. Möchte es mehr als ein frommer Wunsch sein, daß namentlich für die Matthäuspassion dem Vereine sich auch solche Kräfte anschließen, die er mit Bedauern vermißt, damit eine Aufführung ermöglicht werde, die allen dazu Mitwirkenden zur Ehre gereichen und der Welt zeigen würde, daß auch Karlsruhe sich in die Reihe der Städte stellen kann, wo dem größten aller deutschen Kirchenkomponisten ein sich ewig neu aus Tönen erbauendes Denkmal durch Ausführung seiner Werke errichtet wird, insbesondere des Werkes, das anerkannt das größte Kunstwerk der heiligen Musik ist, und das Mendelssohn in Verbindung mit seinem Freunde Eduard Devrient aus unverdienter Bergehenheit wieder hervorgezogen hat.

□ Opfer indischer Grausamkeit in England. Die „Medical Times“ schreibt: Ein uns bestreuerter Arzt ist zu einer kürzlich aus Indien angekommenen Dame gerufen worden, welcher die Nase von den Sepays abgeschnitten worden ist. Ihrem dreijährigen Kinde wurden Arme und Beine abgehauen, und wie es diese Verwundung überleben konnte, bleibt ein Räthsel. Die Erzieherin dieser Familie kam mit dem Verluste ihrer beiden Ohren davon; die Sepays hatten sie ihr abgeschnitten, um ihre Ohrringe zu bekommen. Ein anderer hiesiger Arzt behandelt eine Dame, welcher die Ohren ebenfalls abgeschnitten und die Nase aufgeschlitzt worden war. Sie brachte ihre 3 Kinder blind zurück; die Sepays hatten ihnen die Augen ausgebohrt. Eine andere Dame, deren Mittheilung das vollste Vertrauen verdient, erzählt, es befänden sich gegenwärtig in Kalkutta mehrere Frauen, die so entwürdigend mißhandelt worden sind, daß sie sich hartnäckig weigern, ihre Namen anzugeben, und bei ihren Anverwandten in England lieber für tot gehalten sein wollen. Man hat kleine Kinder nach Kalkutta gebracht, deren Eltern man nicht finden kann. Eines davon wußte nur zu sagen, daß es „Mama's Schoßkind“ gewesen sei, und wer weiß, ob man je Genaueres über dessen Herkunft erfahren wird.

Berantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

N.207. La hr. Entfernten Freunden und Verwandten theile ich die Trauernachricht mit, daß meine liebe Gattin, Julie, geb. Pannixer, nach kurzen Krankenlager gestern Abend verschieden ist.

Um stille Theilnahme bittend,
Lahr, den 19. Dezember 1857,
Karl Seng, prakt. Arzt.

N.201. Offenburger.
Erklärung.
Ich habe den Vorschlag im Verwaltungsrath der „Spinnerei und Weberei Offenburg“ niedergelegt und den Austritt aus dem Verwaltungsrath selbst genommen.
Letzterer wird die Neuwahlen bekannt geben.
Offenburg, den 20. Dezember 1857.
A. Luft,
k. b. Regierungsdirektor a. D.

N.199. Karlsruhe.
Als werthvolle Festgeschenke empfehlen wir nachstehende, in unserm Verlage erschienene Prachtwerke:
Reich, Luzian, Hieronymus, Lebensbilder aus der Baar u. dem Schwarzwalde. Mit 25 Bildern in Tondruck. Eleg. geb. 9 fl. 18 fr.
Derselbe Wanderblüthen aus dem Gedächtnis eines Malors. Mit Bildern in Tondruck. Brosch. 3 fl. Eleg. geb. 3 fl. 36 fr.
Schreiber, Guido, Malerische Perspektive. Mit einem Anhang über den Gebrauch geometrischer Grundrisse. Mit 177 bildlichen

Darstellungen, theils in den Text eingedruckte Holzschnitte von den bewährtesten Künstlern, theils meisterhaft ausgeführte Federzeichnungen auf Stein, mit Tondruck. Eleg. brosch. 8 fl. 6 fr.
A. Gekner'sche Buchhandlung.

N.71. Im Verlage der Königl. Geheimen Oberpostdruckerei (H. Decker) in Berlin ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in Karlsruhe in der A. Gekner'schen Buchhandlung:

**Auswahl
Altchristlicher Lieder**
vom II. bis XV. Jahrhundert.

Im Ariert und in deutschen Uebersetzungen. Mit lebensgeschichtlichen Skizzen und erläuternden Anmerkungen
von Ferdinand Häpfler,
Ober-Prediger zu Neust.-Magdeburg.
gr. Lexikon-8. geh. Preis 2 fl. 15 fr.
Belinpapier Preis 3 fl. 36 fr.
Früher ist von demselben Verfasser erschienen:
Evangelische Liederfreunde. Auswahl geistlicher Lieder von der Zeit Luthers bis auf unsere Tage. Mit literarhistorischer Einleitung, biographischen Skizzen und erbaulichen Aügen aus der Geschichte berühmter Lieder. gr. Lexikon-8. geh. 2 fl. 42 fr.
Belinpapier 4 fl. 30 fr.

N.205. Billingen.
Das Schwarzwälder Wochenblatt
mit den Beilagen Unterhaltungsblatt und gemeinnützige Blätter (Genevblatt), erscheint wöchentlich zwei Mal, jeden Dienstag und Freitag. Der Preis ist halbjährlich bei allen großherzogl. Postanstalten 1 fl. 30 fr.

Anzeigen jeder Art
werden gegen die geringe Vergütung von 2 kr. für die dreispaltige Zeile oder deren Raum aufgenommen und

finden damit in diefseitigem Bezirke und insbesondere auch auf dem Schwarzwalde die größtmögliche Verbreitung.
Billingen, im Dezember 1857.
Ferd. Förderer's Buchdruckerei.

L.127. Bruchsal.
Lichter-Talg,
rein geschmolzene Waare, verkauft in beliebigen Quantitäten billig
A. Bauer, Seifensiedermeister
in Bruchsal.

N.111. Karlsruhe.
Versteigerung eines großen Herrschaftshauses in Karlsruhe.
Der Unterzeichnete läßt das dahier mit seinen Kindern erster Ehe besitzende Haus, nebst angrenzendem großem Garten, welcher in 2 Bauplätze abgetheilt werden kann, zuerst einzeln, dann das Ganze zusammen,
**Dienstag den 5. Januar 1858,
Morgens 10 Uhr, im Hause selbst,**
zu Eigenthum versteigern.
Karlsruhe, den 18. Dezember 1857.
Gustav Schmieder,
Langestr. Nr. 231.

Beschreibung.
Das Haus ist geschmackvoll, schön, massiv von Stein gebaut, 9 Fenster in der Front, mit Balkon und breitem Einfahrtthor, steht in der Langen- oder Hauptstraße, in der Nähe des großfl. v. Langenstein'schen Gartens, ist 50' breit und 44' tief.
Rechts und links von dem sehr geräumigen Hof sind 3- und 2stöckige Seitengebäude mit Remisen für 4 Wagen und Stallung für 6 Pferde.
Im Hintergrund der mit englischen Anlagen versehenen große Garten mit Ausfahrt in die Amalienstraße.
Im Hause selbst befinden sich 35 sehr geräumige Zimmer, worunter 2 große Salons und 1 Speiseaal;

ferner 6 Alkove, 4 Mansarden und sonstige Zubehör. In der belagte sind Parketböden, Flügeltüren und Porzellanöfen; die übrigen Etagen entsprechend.
Das sehr elegante Stiegenhaus mit Vorplätzen nebst Einfahrt sind mit Glaswänden versehen.
Küchen und Bedientenzimmer in den Seitengebäuden haben besondere Stiegen.
Das ganze Besitztum eignet sich für eine große Herrschaft, wobei noch besonders bemerkt wird, daß dasselbe während 24 Jahren von der königl. preussischen Gesandtschaft bewohnt war.

Gust. Schmieder.

Vermiethung nebst Ausverkauf.
Der untere Stock in dem sich in besser Lage befindlichen Gebäude Nr. 868 in der Schultergasse, nächst dem Münsterplatze, bestehend in einem geräumigen Ladenlokal, nebst 2 Zimmern und Alkov, Küche, Keller, Bühne und einem Hofraum, ist auf künftige Diern unter billigen Bedingungen zu vermieten.
Zugleich empfiehlt der Unterzeichnete seinen Vorrath in schöner Auswahl von Kürschnerwaaren zur geneigten Abnahme, welche er, um damit aufzuräumen, zu billigem Preise abläßt.

A. C. Geisler, Kürschner
in Freiburg i. B.

N.183. Rr. 6717. Ettlingen.
Holzversteigerung.
Montag und Dienstag den 4. und 5. Januar 1858 kommen in der Abtheilung 1, 21 und 22 „Hohberg“ zur Versteigerung:
134 eichene Stämme und Klöße, Polländer-, Bau- und Rugholz, und
60 Klafter eichenes Rugholz.
Das Stammholz wird den ersten Tag, und das Klafterholz den zweiten Tag versteigert.
Die Zusammenkunft ist jeweils früh 8 1/2 Uhr am städtischen Holzhof.
Ettlingen, den 18. Dezember 1857.
Das Bürgermeisteramt.
Specht,
vdt. Reimeter.

